

### Die Erhöhung der Straßenbahntarifen.

Die Gemeinde Wien braucht Geld und um dieses hereinzubringen, wurde der Obmännerkonferenz, die Dienstag tagte, der Steuerplan der Gemeinde vorgelegt. 13½ Millionen Kronen braucht die Gemeinde angeblich zur Deckung der Erhöhung der Lehrergehälter und der Zulagen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter. Diese Summe nun soll vor allem durch eine Erhöhung der Fahrpreise auf den Straßenbahnen heringebracht werden. Nach den der Obmännerkonferenz gemachten Mitteilungen sollte die Bierzehner- und Zwanzighellerkarte um je zwei Heller verteuert werden. An diesen Karten wurden im Berichtsjahr 1914/15 zusammen rund 260 Millionen verkauft. Ihre Erhöhung würde also 520 Millionen Heller oder 52 Millionen Kronen betragen. Der Frühtarif von zwölf Heller soll beibehalten werden. Wer ihn benützt, hat das Recht auf Lösung einer Rückfahrkarte zum selben Preis, die aber nur in der Zeit von 5 bis 8 Uhr, also beispielsweise an Samstagen von Arbeitern nicht benützt werden kann. Der frühere Betriebschluß schließt dies aus. Damit ist auch diese alte Forderung der sozialdemokratischen Gemeinderäte nicht ganz erfüllt. Diese haben gegen den Plan der Erhöhung der Straßenbahntarife und belastende Einzelheiten scharfen Einspruch erhoben; aber da die Obmännerkonferenz keine Beschlüsse faßt, wurde es nicht sichtbar, ob der Einspruch auf die Christlichsozialen wirken wird. Die „Reichspost“ hat diese Erhöhung mit Recht eine unsoziale Steuer genannt. Daß sie heute ein anderes Stück spielt, war zu erwarten, aber ihr erstes Urteil über diesen Versuch der christlichsozialen Stadtverwalter ist darum doch nicht aus der Welt zu schaffen. Die Steuer wird auch keineswegs durch den Versuch gemildert, Streckenkarten einzuführen. Diese sind so teuer, daß jeder bei Lösung der Fahrkarten noch immer billiger fährt. Leute, die auf einer Strecke den ganzen Tag hin und her fahren, gibt es noch nicht — die anderen aber, die die Karten nur zu zwei oder vier Fahrten benützen können, haben keinen Gewinn. Auch die Reiskarten sollen teurer werden, um 6 Kronen im Monat (24 auf 30 Kronen), um 40 Kronen im halben Jahr (von 120 auf 160 Kronen). Die Stadt errechnet einen Gesamtgewinn aus dieser Erhöhung von 4 Millionen Kronen; nach den Angaben des letzten Jahresberichtes aber ist eine weit höhere Zahl solcher Karten verkauft worden, so daß also der Ertrag dieser unsozialen Steuer mit wenigstens 5 Millionen Kronen einzuschätzen ist. Unsozial ist sie, weil sie die Schwächeren stärker, die Stärksten (Besitzer eigener Autos und Wagen) gar nicht trifft. Wir sind wirklich neugierig, ob die Gesamtheit des Gemeinderates den Mut haben wird, diese Steuer zu beschließen.